

Sozialdemokratischer SPD Pressedienst

B/XXVII/86
5. Mai 1972

Für die Demokratie: Reformen in der
Bundeswehr

Zum 65. Geburtstag von Generalleutnant a. D.
Wolf Graf Baudissin

Von Werner Buchstaller MdB
Mitglied des Verteidigungsausschusses des
Bundestages

Seite 1 und 2 / 56 Zeilen

Krankenhausfinanzierungsgesetz ist dringend

Bund ist den Ländern weit entgegengekommen

Von Dr. Hans Bardens MdB
Mitglied des Bundestagsausschusses für
Jugend, Familie und Gesundheit

Seite 3 / 37 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Vatikan fordert Abbau wirtschaftlicher
Machtpositionen.

Seite 4 und 5 / 58 Zeilen

Sonderbeilage: "Frau und Gesellschaft"

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Eder
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 409
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telex: 966 848 / 966 847/
966 848 PPP 0

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Für die Demokratie: Reformen in der Bundeswehr

Zum 65. Geburtstag von Generalleutnant a.D. Wolf Graf Baudissin

Von Werner Buchstaller MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestages

Schaffen und Wirken des Grafen Baudissin bleiben unzertrennlich mit der Bundeswehr verbunden. Seine Erfahrungen aus Reichswehr und Wehrmacht stellte er seit 1951 der damals jungen Bundesrepublik zur Verfügung, als eine Wiederbewaffnung bevorstand. Das Verhältnis zwischen Demokratie und Armee mußte sowohl strukturell als auch inhaltlich neu geregelt werden. Die Bundeswehr steht unter dem Primat der Politik und ist Teil der Exekutive, die der Kontrolle von Parlament und kritischer Öffentlichkeit unterworfen ist.

Baudissins Verdienst bestand darin, mitgeholfen zu haben, die Wehrpflichtarmee in die bereits bestehende demokratische Gesellschaft einzugliedern. Seine dafür konzipierten pragmatischen Vorstellungen führten zum "Staatsbürger in Uniform" als Leitbild der Bundeswehr und zur "zeitgemäßen inneren Führung" als Handlungsanleitung.

Baudissin hat die Wehrgesetzgebung mitgeprägt, die heute ein wesentlicher Integrationsfaktor zwischen Gesellschaft und Bundeswehr darstellt. Er knüpfte damit an das klassische Gedankengebäude Scharnhorsts an, "Armee, Staat und Gesellschaft innig zu verbinden". Die militärische Tradition versuchte er funktional zu betrachten und nahm damit von allen Vorstellungen Abschied, die feudaler oder vortechnischer Natur waren. Einer auf Rationalität und Leistung ausgerichteten Industriegesellschaft widersprechen

hierarchisch bedingte Amtsautorität und blinder Gehorsam. Das erkannte Baudissin sehr früh und entwickelte daher seine Vorstellungen für die Bundeswehr als eine Kombination von Partnerschaft, Kooperation und Delegation einerseits und vom selbstverantwortlichen, kritisch mitdenkenden Soldaten andererseits.

Sein Intellekt, seine Standfestigkeit und sein Engagement verhalfen ihm dazu, seine demokratische Konzeption des Militärs in einer Industriegesellschaft gegen die Gegnerschaft innerhalb und außerhalb der Bundeswehr erfolgreich durchzusetzen. Heute ist in Führungs-, Ausbildungs- und Erziehungsfragen der Streitkräfte vieles zur Selbstverständlichkeit geworden, worüber vor zehn Jahren noch hart und leider allzuoft polemisch diskutiert wurde.

Baudissins dienstlicher und persönlicher Arbeitsaufwand und Einsatz für die Konzeption einer demokratisch geführten Armee müssen als hervorragend bezeichnet werden.

Diese Leistungen für den Ausbau der Demokratie in unserer Bundesrepublik wurden durch die Verleihung des Freiherr-vom-Stein-Preises 1965 und des Theodor-Mouss-Preises 1967 in der Öffentlichkeit gewürdigt. Heute arbeitet Baudissin als Lehrbeauftragter an der Universität Hamburg auf dem Gebiet der modernen Strategie, deren Erkenntnisse auch im Ausland Beachtung finden. Dennoch bleibt er auch am Puls der Streitkräfte und verfolgt kritisch die innere Szenerie der Bundeswehr, deren Struktur und Zusammenhalt er entscheidend mit aufbaute und einleitete.

Als Mitglied der Gewerkschaft ÖTV, Abteilung Soldaten, hatte er wirkungsvollen Anteil an dem erfolgreichen Abbau des traditionell belasteten Verhältnisses zwischen Arbeitnehmern und Soldaten. Baudissin, der am 8. Mai seinen 65. Geburtstag begeht, war 35 Jahre lang aktiver Soldat; so stellt er einen personifizierten Abriss junger deutscher Wehrgeschichte dar. In der jüngsten Wehrgeschichte der Bundesrepublik trat er an herausragender Stelle als initiiender Reformierender und als engagierter Demokrat auf.

(-/ee/5.5.1972/ks)

+ + +

Krankenhausfinanzierungsgesetz ist dringend

Bund ist den Ländern weit entgegengekommen

Von Dr. Hans Bardens MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses
für Jugend, Familie und Gesundheit

Der Vermittlungsausschuß von Bundestag und Bundesrat hat im Streit um das Krankenhausfinanzierungsgesetz einen Kompromiß erarbeitet. Dabei war es erforderlich, daß der Bundesgesetzgeber einige Schritte in Richtung auf die Vorstellungen der Länder gehen mußte, die nicht gerade leicht gefallen sind.

Die Forderung der Länder nach einer "echten" Drittelbeteiligung des Bundes an den Investitionskosten konnte nicht in vollem Umfang erfüllt werden. Der Bund kann aus verfassungs- und haushaltsrechtlichen Gründen für einen Bedarf keine finanziellen Mittel zur Verfügung stellen, auf dessen Entstehung und Umfang er keinen Einfluß hat. Trotzdem ist der Bund den Ländern weit entgegengekommen, in dem er die Kosten für den fest unmeißbaren und quantifizierbaren Bedarf zu einem vollen Drittel übernimmt. Es handelt sich hierbei vorwiegend um die Investitionskosten für Krankenhausaltbauten. Die Investitionskosten für Neubauten hingegen werden zu einem Drittel im Rahmen des Finanzierungsplafonds des Haushalts und der mittelfristigen Finanzplanung übernommen.

Diese Bestimmung führt ebenso zu einer finanziellen Entlastung von Ländern und Gemeinden wie die Regelung, daß Kosten für kurzfristige Anlagegüter sowie Kosten für Instandhaltung und Instandsetzung in den Pflegesatz übernommen werden. Dies bringt allerdings eine zusätzliche Belastung der Krankenkassen um 140 Millionen DM mit sich.

Bisher sollten 85 vH. der Bundesmittel nach der Einwohnerzahl an die Länder verteilt werden und 15 vH. für regionale Schwerpunktaufgaben und zur Förderung von Modellen verwendet werden. Auch diese Regelung wurde verändert. Nach dem Vermittlungsvorschlag sollen 20 vH. der Neubaumittel für Schwerpunktbildung verwendet werden. Dies bedeutet, auf die gesamten finanziellen Mittel bezogen, daß etwa 92 vH. nach der Einwohnerzahl an die Länder verteilt werden, während acht vH. für besondere Maßnahmen zur Verfügung stehen.

Alle diese Entscheidungen zeigen, daß der Bundesgesetzgeber den Ländern weit entgegengekommen ist. Es bleibt zu hoffen, daß dieses Entgegenkommen die Schnelligkeit der Verabschiedung dieses wirklich dringlichen Gesetzes beeinflusst. (-/ex/5.5.1972/ks)

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Vatikan fordert Abbau wirtschaftlicher Machtpositionen

Der "Münchener Katholischen Kirchen-Zeitung", dem Amtsblatt von Kardinal Dr. Döpfner, entnehmen wir folgende Ausführung aus der Ausgabe vom 7. Mai 1972:

"Kein Wunder, daß man in Rom sogar dem Verdacht wehren mußte, die Botschaft des Papstes zur 3. Welthandelskonferenz in Santiago de Chile sei marxistische Lehre. Sie enthält zwar nichts anderes als die letzten Sozialschreiben der Päpste; aber sie fordert, wie es der päpstliche Vertreter bei der Konferenz erneut verdeutlicht hat, den Abbau der wirtschaftlichen Machtpositionen.

Die Erfahrungen des letzten Jahrzehnts haben deutlich gemacht, daß ohne eine solche Lösung die Armen immer ärmer werden, trotz oder vielleicht gerade durch Entwicklungshilfe, wenn diese vom Eigennutz gesteuert wird. Der vatikanische Alarm kommt nicht von ungefähr. Ein Bericht des Kinderhilfswerkes der Vereinten Nationen und der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit (OECD), beide sind kürzlich erst erschienen, macht deutlich, daß zwar in den vergangenen zehn Jahren manche Entwicklungshilfe geleistet worden ist.

Wer aber meint, dadurch wäre die Kluft zwischen arm und reich verringert worden, sieht sich enttäuscht. Sie ist gewachsen. Beide Organisationen sehen den Grund dafür in der Überbetonung des wirtschaftlichen Wachstums und der Industrialisierung. Ein Großteil der Bevölkerung der Entwicklungsländer ist in der Landwirtschaft tätig, profitiert deshalb kaum oder gar nicht von dieser Entwicklung. Noch leben 71 vH. der Weltbevölkerung in den Entwicklungsländern. Sie produzieren nur 16 vH. der Güter

und Dienstleistungen. Der Großteil lebt deshalb von der Hand in den Mund. Dazu kommen die Rüstungsausgaben in der Dritten Welt. Sie rangieren vor den Ausgaben für die Bildung.

Der vatikanische Vertreter auf der 3. Welthandelskonferenz in Santiago de Chile, der spanische Bischof Ramon Torella Cascate, hat deshalb in einem Appell die Teilnehmer davor gewarnt, die großen Hoffnungen auf größere Gerechtigkeit unter den Völkern der Dritten Welt zu enttäuschen.

Die Welthandelskonferenz müsse eine Plattform schaffen, 'auf der Wahrheit, Dialog und Gerechtigkeit die internationale Solidarität erreichten'. Der Heilige Stuhl habe bereits auf den vorausgegangenen Konferenzen in Genf und Neu Delhi betont, daß eine solidarische Entwicklung der Völker das wichtigste Problem der Gegenwart sei.

Die Stimme des Vatikans, fuhr Bischof Torella fort, sei angesichts der wirtschaftlich reichen Nationen 'schwach und praktisch machtlos'. Doch vertrete der Vatikan die Empfindungen mehrerer hundert Millionen Christen, die sich in ihrem Glauben verpflichtet fühlten, persönliche und nationale Egoismen zu überwinden, um eine gerechtere und brüderliche Welt zu schaffen.

Wenn es nicht zu einem entschiedenen Handeln komme, würde die Welt das Vertrauen in diese Konferenz verlieren und die Neigung zu gewaltsamen Lösungen weiter anwachsen. Eine Klärung und Korrektur der Machtbeziehungen und -systeme sei nötig. Vor allem die ständig wachsenden Machtpositionen der großen internationalen Gesellschaften bedürften einer Klärung und Kontrolle. Im Hinblick auf die ungeheuren Summen, die die Rüstung in Industrieländern und Entwicklungsländern verschlingt, erinnerte Torella daran, daß der Heilige Stuhl diese 'wahnsinnigen Ausgaben' immer scharf verurteilt habe."

(-/ex/5.5.1972/ml)